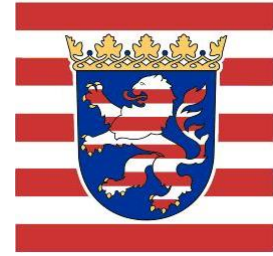




HESSEN



Bericht aus Brüssel

04/2026 vom 02.03.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Wirtschaft.....	4
Energie.....	5
Digital.....	5
Forschung.....	6
Finanzen.....	7
Soziales.....	7
Gesundheit und Verbraucherschutz	8
Landwirtschaft und Umwelt.....	9
Justiz.....	9
Inneres.....	10
Veranstaltungen.....	10
Vorschau	12

Kommission; Vorläufige Anwendung des EU-Mercosur-Abkommens

Nach der Ratifikation des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur durch Argentinien und Uruguay hat die Europäische Kommission am 27.02.2026 die vorläufige Anwendung eingeleitet. Weitere Ratifikationen, insbesondere durch Brasilien und Paraguay, werden erwartet. Die vorläufige Anwendung ermöglicht das Inkrafttreten wesentlicher Teile des Abkommens vor dem endgültigen Abschluss des Verfahrens. Das Abkommen kann gemäß den EU-Verträgen erst nach Zustimmung des Europäischen Parlaments formell geschlossen werden. Es schafft einen gemeinsamen Markt mit rund 720 Mio. Menschen und sieht einen schrittweisen Abbau erheblicher Zölle vor. Ziel ist es, Handelshemmnisse zu reduzieren und die wirtschaftliche Zusammenarbeit nachhaltig zu vertiefen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_26_500

Kommission: Start des Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz

Das neu geschaffene Europäische Zentrum für demokratische Resilienz hat seine Arbeit am 24.02.2026 aufgenommen. Es soll als Plattform für den strukturierten Austausch zwischen den EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten sowie Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft dienen und einen Beitrag zur Stärkung widerstandsfähiger demokratischer Strukturen in der EU leisten. Nach Angaben der Kommission wird das Zentrum insbesondere Maßnahmen zur Abwehr ausländischer Informationsmanipulation und Desinformation bündeln und koordinieren. Ziel ist es, bestehende Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene stärker zu vernetzen, bewährte Verfahren auszutauschen und die strategische Zusammenarbeit zu vertiefen. Mit dem Zentrum solle ferner die kollektive Fähigkeit der EU gestärkt werden, Manipulationen entgegenzutreten, die Offenheit und Fairness der öffentlichen Debatte zu sichern sowie die Bürgerinnen und Bürger in ihrer demokratischen Teilhabe zu unterstützen. Das Zentrum ist Teil der umfassenderen Bemühungen der Kommission zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Resilienz innerhalb der EU.

https://commission.europa.eu/european-centre-democratic-resilience_en

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Rat; EP; Vierter Jahrestag der russischen Invasion der Ukraine

Zum vierten Jahrestag der russischen Invasion der Ukraine haben die Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen, der Präsident des Europäischen Rates António Costa und die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola in einer gemeinsamen Erklärung am 24.02.2026 die Unterstützung der EU für die Ukraine bekräftigt. Die EU bekräftigte, der Ukraine und ihrer Bevölkerung weiterhin umfassende politische, finanzielle, wirtschaftliche, humanitäre und militärische Unterstützung zu gewähren. Zusätzlich zu den seit 2022 bereitgestellten fast 200 Mrd. EUR haben die europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbart, der Ukraine in den Jahren 2026-27 weitere 90 Mrd. EUR zur Verfügung zu stellen, um sicherzustellen, dass die Ukraine ihren dringenden Haushalts- und Verteidigungsbedarf decken und angesichts der Angriffe Russlands stark bleiben könne. Die EU stehe für einen gerechten und dauerhaften Frieden und für eine starke und souveräne Ukraine in einem starken und souveränen Europa.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/02/24/joint-statement-by-the-president-of-the-european-council-the-president-of-the-european->

[commission-and-the-president-of-the-european-parliament-on-the-fourth-anniversary-of-russia-s-invasion-of-ukraine/](#)

Rat; Operation ASPIDES zur Gewährleistung der Freiheit der Schifffahrt

Der Rat hat am 23.02.2026 beschlossen, die EU-Operation ASPIDES zu verlängern. Die Operation ist eine Reaktion auf die anhaltenden Bedrohungen für Handels- und Wirtschaftsschiffe und soll daher zur Gewährleistung der Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer und den umliegenden Gewässern beitragen. Die Operation ASPIDES soll für defensive maritime Sicherheit sorgen, Schiffe schützen und die Stabilität entlang wichtiger Seewege im Einklang mit dem Völkerrecht unterstützen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/02/23/red-sea-council-extends-the-mandate-of-operation-aspides-to-safeguard-freedom-of-navigation/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Sondersitzung des EP zum Thema Ukraine: Vier Jahre russische Invasion

Am 24.02.2026 sprach der ukrainische Präsident Selenskyj in einer außerordentlichen Plenarsitzung zu den MdEP – vier Jahre nach Beginn der russischen Invasion. In einer nach Selenskyjs Rede angenommenen Entschließung verurteilte das EP Russlands illegalen und ungerechtfertigten Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste und bezeichnet ihn als eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen. Das EP macht Russland, seine politische Führung sowie das Regime im benachbarten Belarus, von dessen Territorium aus Russland Angriffe auf die Ukraine gestartet hat, uneingeschränkt für den Krieg, für die Kriegsverbrechen und die Aggression verantwortlich. In dem Text bekräftigt das EP, dass die Zukunft der Ukraine in der Europäischen Union liegt. Das EP empfiehlt, die Integration der Ukraine in den Binnenmarkt zu beschleunigen und die EU-internen Reformvorbereitungen für eine künftige Erweiterung zu intensivieren. Das EP betont ferner, dass ein künftiges Friedensabkommen zwischen der Ukraine und Russland auf robusten und glaubwürdigen Sicherheitsgarantien für die Ukraine beruhen muss, die mit Artikel 5 der NATO sowie Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags vergleichbar sind. Ein solches Abkommen müsse zudem das Völkerrecht achten, Rechenschaftspflicht und Reparationen sicherstellen und dürfe weder das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung noch ihre Bündnisentscheidungen einschränken. Das EP unterstrich außerdem, dass keine Entscheidungen über die Ukraine oder Europa ohne die Ukraine oder Europa getroffen werden dürfen. Die Resolution wurde mit 437 Stimmen dafür, 82 dagegen und 70 Enthaltungen angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2026-02-24-ITM-009-01_DE.html

W i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zur Schaffung eines neuen Instruments zur Innovationsunterstützung im Verteidigungsbereich (AGILE)

Am 17.02.2026 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zu AGILE, diese Initiative welche die Schaffung eines neuen Instruments zur Unterstützung von Innovationen im Verteidigungsbereich ermöglichen soll, soll die Entwicklung und Einführung von missionsorientierten, disruptiven Technologien durch schnelle und

flexible Unterstützung beschleunigen, wobei der Schwerpunkt auf kosteneffizienten Lösungen liegt und Start-ups, Scale-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen angesprochen werden. AGILE soll die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten und assoziierten Länder unterstützen und zur europäischen Verteidigungsbereitschaft beitragen. Die Konsultation läuft noch bis zum 17.03.2026.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/16892-EU-defence-industry-programme-for-agile-defence-innovation-AGILE-en>

Kommission; Konsultation zur Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

Am 25.02.2026 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer neuen Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung eröffnet. Die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung für staatliche Beihilfen („AGVO“) erklärt bestimmte Kategorien staatlicher Beihilfen für mit den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vereinbar, sofern sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Beihilfen, die diese Voraussetzungen erfüllen, sind von der Verpflichtung zur vorherigen Anmeldung und Genehmigung durch die Kommission freigestellt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_453

E n e r g i e

Kommission; Sondierung zum Energieprodukte Omnibus

Vom 12.02.2026 bis zum 12.03.2026 bittet die Kommission um Beteiligung an einer Konsultation zum Energieprodukte Omnibus. Im Mittelpunkt stehen einfachere und wirksamere Vorschriften für die Einhaltung der Anforderungen hinsichtlich der Lieferung und Anzeige von Energie- und Reifenkennzeichnungen, einfachere Registrierungen in der EPREL-Datenbank, verbesserte Überwachung und Einhaltung des Rechtsrahmens sowie mögliche Änderungen der Reifenkennzeichnung durch delegierte Rechtsakte.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/16872-Energy-efficient-product-legislation-Omnibus-simplification-en>

D i g i t a l

Kommission; EU unterstützt die Erklärung der Staats- und Regierungschefs auf dem AI-Impact Summit 2026 in Neu-Delhi

Die EU unterstützt die Erklärung der Staats- und Regierungschefs, die während des AI-Impact Summits 2026 in Neu-Delhi von 89 Ländern und Organisationen gezeichnet wurde. In der Erklärung wird unterstrichen, dass das Potenzial von KI nur dann optimal ausgeschöpft werden kann, wenn ihre Vorteile von der gesamten Menschheit geteilt werden. Im Rahmen des Summits hat Exekutiv-Vizepräsidentin Virkkunen am 19.02.2026 gemeinsam mit dem indischen Außenminister Jaishankar in Indien die Initiative European Legal Gateway Office gestartet. Ziel dieser Initiative ist es, europäische Unternehmen besser mit dem indischen IKT-Talentpool zu vernetzen. Das Pilotprojekt umfasst ein digitales Tool, ein Gateway Office in Indien sowie ein Support Office in der EU. Geplant sind unter anderem Informationskampagnen, Jobmessen, die Vermittlung von Kontakten zur europäischen IKT-Branche, die Bereitstellung von Marktinformationen zu Kompetenzen und Bedarfen sowie

praktische Leitfäden zu Visumsverfahren, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen und zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen.

Darüber hinaus hat Exekutiv-Vizepräsidentin Virkkunen die Frontier AI Grand Challenge ins Leben gerufen – einen EU-weiten Leitwettbewerb zur Entwicklung großskaliger europäischer KI-Modelle. Im Mittelpunkt steht die Förderung bahnbrechender Modelle mit einer Rechenkapazität von mindestens 400 Milliarden Parametern.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/european-union-endorses-leaders-declaration-ai-summit-india>

Kommission; Start des Feedbackverfahrens für den Digital Networks Act (DNA)

Im Zuge der Veröffentlichung des Verordnungsvorschlags zum Digital Networks Act am 21.01.2026 hat die EU-Kommission ihr acht wöchiges Feedback-Verfahren gestartet, welches noch bis zum 24.04.2026 läuft. Als Teil der „Better-Regulation“-Agenda dient dieser Prozess dazu, eine Einschätzung von verschiedenen Stakeholdern zum Vorschlag zu erhalten und diese in den anstehenden legislativen Debatten zu berücksichtigen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14709-Rechtsakt-uber-digitale-Netze_de

F o r s c h u n g

Kommission; Horizont Europa; Förderung; Mission Bodengesundheit

Am 14.02.2026 hat die Kommission einen neuen Förderaufruf im Programm Horizont Europa veröffentlicht. Im Rahmen der EU-Mission zum Thema Bodengesundheit und der EU-Mission zum Thema Anpassung an den Klimawandel werden Projektvorschläge im Forschungs- und Innovationsbereich gefördert. Ziel des Aufrufs im Rahmen des EU-Programms Horizont Europa ist es, innovative Maßnahmen und gemeinsame Demonstrationsprojekte zu fördern. Die Missionsziele sollen hierbei durch Innovationsmaßnahmen („Innovation Actions“) erreicht werden, die neuen Technologien, Geschäftsmodelle, gemeinschaftliche Ansätze und skalierbare Lösungen entwickeln. Beispiele hierfür sind Maßnahmen zur Stärkung der Bodenresilienz gegen Extremwetterereignisse oder zur Lebensmittelversorgung. Insgesamt stehen für diesen Aufruf rund 10 Mio. EUR zur Verfügung. Weitere Informationen sind auf dem EU-Funding & Tenders Portal zu finden. Bewerbungsschluss ist der 23.09.2026.

https://cinea.ec.europa.eu/news-events/news/horizon-europe-eu-missions-eu10-million-available-new-climate-and-soil-projects-2026-02-05_en

Kommission; Forschung; Horizont Europa; Partnerschaft Pandemieforschung

Die Kommission hat am 17.02.2026 eine neue Partnerschaft im Programm Horizont Europa rund um das Thema Pandemievorsorge ins Leben gerufen. Mit der Partnerschaft „BE READY“ soll die EU ihre Fähigkeit stärken, Epidemien und Pandemien zu antizipieren, zu verhindern und rasch darauf zu reagieren. BE READY konzentriert sich auf die Förderung der Forschung zu neu auftretenden und wieder auftretenden Krankheitserregern und die Beschleunigung der Entwicklung von Diagnostika, Behandlungen und Impfstoffen. Ekaterina Zaharieva, Kommissarin für Startups, Forschung und Innovation, erklärte: „Die Pandemievorsorge Europas muss auf soliden wissenschaftlichen Grundlagen aufbauen. Aus diesem Grund stellen wir 120 Mio. EUR aus dem Haushalt von Horizont Europa für die Partnerschaft BE READY zur Verfügung.“ Die Arbeit der BE READY-Partnerschaft umfasst die Koordinierung

der nationalen Forschungsprioritäten zwischen den teilnehmenden Ländern und die Verbesserung der Koordinierung in der Forschung zur Pandemievorsorge durch eine vereinbarte strategische und Forschungsinnovationsagenda. Die BE READY-Partnerschaft wird von der französischen Agentur ANRS-MIE koordiniert und bringt 81 Organisationen aus 27 Ländern zusammen.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/commission-launches-be-ready-european-partnership-strengthen-pandemic-preparedness-research-2026-02-17_en?pk_campaign=rtd-mailings&pk_source=rtd_news

F i n a n z e n

Kommission; Sondierung zum Omnibus-Paket zur Besteuerung

Die KOM hat am 16.02.2026 eine Sondierung zum Omnibus-Paket zur Besteuerung gestartet. Das Omnibus-Paket zur Besteuerung ist unmittelbarer Bestandteil der Kommissionsbemühungen zur Vereinfachung des Unionsrechts. Ziel sei es, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, und die Funktionsweise des europäischen Rechtsrahmens für die Unternehmensbesteuerung (EU-Vorschriften zu Mutter- und Tochtergesellschaften, Zinsen und Lizenzgebühren, Fusionen, Verhinderung von Steuervermeidung sowie Streitbeilegungsmechanismen) zu verbessern.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/16912-Vereinfachung-der-EU-Vorschriften-im-Bereich-der-direkten-Steuern-Omnibus-Paket_de

ECA; Stellungnahmen zu den Vorschlägen der Kommission für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Seit Januar 2026 veröffentlicht der Europäische Rechnungshof (ECA) verschiedene Stellungnahmen zum geplanten EU-Haushalt für die Jahre 2028 bis 2034. Dabei bewertet er die finanzielle Tragfähigkeit von zehn Vorschlägen der EU-Kommission, die im Sommer 2025 vorgelegt wurden. Zu den betroffenen Programmen zählen unter anderem Horizont Europa, der Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit, die Gemeinsame Agrarpolitik und das EU-Nachbarschaftsinstrument „Europa in der Welt“. Der vorgeschlagene Gesamthaushalt für den kommenden MFR beläuft sich auf fast zwei Billionen Euro. Der Rat und EP, die über den Haushalt entscheiden, haben den ECA vorab um diese Bewertung gebeten, bevor sie selbst die Vorschläge prüfen. Der ECA ist als unabhängiger Prüfer damit nicht an der Aufstellung des Haushalts beteiligt, leistet aber durch seine Stellungnahmen einen Beitrag zu einem besseren Finanzmanagement.

<https://www.eca.europa.eu/de/search-publications#k=#l=1031>

S o z i a l e s

EP; EP fordert EU-Strategie zur Beendigung von Armut bis 2035

Das Europäische Parlament hat am 12.02.2026 in Straßburg einen Initiativbericht zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung angenommen (385 Ja-Stimmen, 141 Nein-Stimmen, 53 Enthaltungen). Es fordert die Europäische Union auf, Armut spätestens bis 2035 zu überwinden und eine umfassende EU-Anti-Armutsstrategie vorzulegen. Armut solle als Verletzung der Menschenwürde anerkannt und mit

verbindlichen Zielen im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen hinterlegt werden. Besondere Priorität misst das Parlament der Bekämpfung von Kinderarmut bei und verlangt für die Europäische Kindergarantie ein eigenes Budget von mindestens 20 Mrd. EUR. Die Mitgliedstaaten sollen im Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) weiterhin zweckgebundene Mittel für soziale Inklusion vorsehen (mindestens 5 %, bei überdurchschnittlicher Kinderarmut 10 %). Zudem fordert das Parlament einen Aktionsplan zur Beendigung der Obdachlosigkeit bis 2030 sowie besseren Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung und grundlegenden Dienstleistungen. Die Kommission kündigte an, 2026 erstmals eine umfassende EU-Anti-Armutsstrategie vorzulegen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260205IPR33623/vorschlaege-des-parlaments-zur-bekampfung-von-armut-in-der-eu-bis-2035>

EP; Vergewaltigung in der EU einheitlich definieren

Das Europäische Parlament hat am 20.02.2026 eine Entschließung angenommen, in der es die Kommission und die Mitgliedstaaten auffordert, Vergewaltigung EU-weit einheitlich als Sexualstraftat auf Grundlage des fehlenden Einverständnisses zu definieren. Die Abgeordneten betonen, dass der derzeitige Rechtsrahmen in den Mitgliedstaaten stark voneinander abweicht und ein gemeinsamer Ansatz notwendig sei, um den Opferschutz zu stärken und Straflosigkeit zu verhindern. Eine solche Definition müsse im Einklang mit der Istanbul-Konvention stehen und den Grundsatz „Nur Ja heißt Ja“ widerspiegeln. Zudem verlangen die Abgeordneten bessere Unterstützungsangebote für Betroffene, geschlechtersensible Schulungen für Justiz und Polizei sowie eine systematische Datenerhebung zu geschlechtsspezifischer Gewalt. Die Kommission wird aufgefordert zu prüfen, wie eine entsprechende Regelung in das EU-Recht aufgenommen werden kann.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260220IPR35907/time-for-eu-legislation-to-define-rape-based-on-absence-of-consent-say-meps>

Gesundheit und Verbraucherschutz

EuRH; Kommission; Sonderbericht zu „Europas Plan gegen den Krebs“ veröffentlicht

Der EuRH würdigt in seinem Sonderbericht Europas Plan zur Krebsbekämpfung als wichtigen Beitrag zur besseren Koordinierung und Umsetzung der Maßnahmen der MS in diesem Bereich. In seinem Sonderbericht kritisiert der EuRH jedoch das Fehlen eines klaren Überwachungsrahmens, insbesondere messbarer Zielvorgaben, eines definierten Abschlussdatums sowie abgestimmter Zielindikatoren. In ihrer Antwort greift die KOM die Empfehlungen des EuRH auf. Sie sagt zu, die Schlüsselinitiativen stärker an den Bedürfnissen und Kapazitäten der MS auszurichten sowie Monitoring und Evaluierung des Plans zu verbessern. Zieldatum für die Umsetzung der Empfehlungen ist der 31.12.2027. Der Plan wurde im Februar 2021 verabschiedet und bekräftigt das Engagement der EU, Prävention, Früherkennung, Diagnose und Behandlung von Krebs sowie die Lebensqualität von Betroffenen und Überlebenden europaweit zu stärken. Auf Grundlage dieser vier Handlungsfelder und ergänzender Querschnittsthemen wie Forschung und Innovation, Kinderkrebs und Ungleichheiten wurden zehn Leitinitiativen und 32 weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht. Es handelt sich um das bislang umfassendste finanzielle Engagement der EU im Bereich der Krebsbekämpfung.

https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2026-07/SR-2026-07_DE.pdf

Landwirtschaft und Umwelt

Rat; Weinpaket angenommen

Der Rat hat am 23.02.2026 die „Verordnung zur Änderung der Verordnung hinsichtlich der Stützungsmaßnahmen im Weinsektor“ (EU-Weinpaket) final verabschiedet. Das Paket gilt als Antwort auf die schwere Krise der Branche, die durch Überproduktion, sinkenden Konsum und neue US-Handelshemmnisse unter Druck steht. Wesentliches Ziel der Verordnung sei es, Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht bringen und den Sektor an den Klimawandel anzupassen. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören laut Rat die Vermeidung von Überproduktion durch Rodung, die erstmalige Einführung einheitlicher Standards für alkoholfreie und Weine mit geringem Alkoholgehalt sowie ein digitales Etikett (E-Label), um bürokratische Hürden im grenzüberschreitenden EU-Handel abzubauen. Die EU übernimmt bis zu 80% der Kosten für klimaresiliente Kellertechnik und Bewässerungssysteme (vorher nur 50%). Ferner soll es finanzielle Anreize für ökologische Bewirtschaftung und den Erhalt der biologischen Vielfalt in Steillagen geben. Darüber hinaus werden die Regeln für Marktinterventionen (wie Krisendestillation) gelockert, um besser und schneller auf Exportstopps reagieren zu können.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-65-2025-INIT/de/pdf>

Justiz

EuGH; Urteil zur Haftung des Staates bei gestörter Flugsicherung

Der EuGH entschied mit Urteil vom 12.02.2026 in der Rechtsache C-408/24 über ein Vorabentscheidungsersuchen des Obersten Gerichtshofs in AUT (OGH) gegen die Austrian Airlines. Austrian Airlines hatte im Sommer 2016 mehrere Flüge am Flughafen Wien-Schwechat annullieren müssen, weil ein von Austro Control, die staatliche Flugsicherung in AUT, betriebener Nachrichtenvermittlungsserver nicht funktionierte. Austrian Airlines verklagte daraufhin AUT auf Ersatz des wirtschaftlichen Schadens. Laut OGH setzt eine Haftung von AUT nach österreichischem Recht voraus, dass die EU-Flugsicherungsvorschriften auch dem Schutz der Luftraumnutzer wie Austrian Airlines vor Vermögensschäden dienen, die durch ein rechtswidriges und schuldhaftes Versäumnis des Dienstleisters für Flugverkehrsdienste wie Austro Control verursacht worden seien. Der OGH ersuchte den EuGH hierzu um Vorabentscheidung. Der EuGH bestätigte mit o.a. Urteil, dass die EU-Flugsicherungsvorschriften auch bezweckten, die Luftraumnutzer vor wirtschaftlichen Schäden zu schützen, die durch einen schuldhaften Verstoß des Dienstleisters für Flugverkehrsdienste gegen seine Verpflichtungen aus diesen Bestimmungen verursacht werden. Es sei nun aber Sache des OHG festzustellen, „ob der österreichische Staat unter Berücksichtigung der Antwort des EuGH für den von Austrian Airlines erlittenen wirtschaftlichen Schaden haftbar gemacht werden kann, der durch ein etwaiges schuldhaftes Versäumnis von Austro Control verursacht worden sein soll.“

[C-0408-24-00000000RP-01-P-01 CONCL 304005-DE-1](#)

Rat; Annahme der ersten EU-weiten Liste sicherer Herkunftsstaaten und der Überarbeitung des Konzepts des sicheren Drittstaats

Der Rat hat am 23.02.2026 die beiden am 18.12.2025 mit dem EP erzielten Einigungen (siehe dazu und zu den Einzelheiten BaB 1/2026) zu einer ersten EU-weiten Liste sicherer Herkunftsstaaten und der Überarbeitung des Konzepts des sicheren Drittstaats angenommen. Ziel der beiden Rechtsakte ist es, den EU-Rechtsrahmen für Asyl und Migration einheitlicher und effizienter zu gestalten. Mit der EU-weiten Liste sicherer Herkunftsstaaten sollen die Mitgliedstaaten (MS) dabei unterstützt werden, Anträge auf internationalen Schutz durch Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jener Länder effizienter und einheitlicher zu bearbeiten. Folgende Länder wurden auf EU-Ebene als sichere Herkunftsstaaten bestimmt: Bangladesch, Kolumbien, Ägypten, Indien, Kosovo, Marokko und Tunesien. Die MS haben weiterhin die Möglichkeit, ihre eigenen nationalen Listen mit weiteren Drittstaaten festzulegen, die sie als sicher erachten. Die EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten und die Änderungen am Konzept sicherer Drittstaaten gelten ab dem 12.06.2026 als Teile des dann in Kraft tretenden Migrations- und Asylpakets der EU.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/02/23/council-gives-final-greenlight-to-measures-to-make-the-eu-s-asylum-system-more-efficient-and-robust/>

V e r a n s t a l t u n g e n

Veranstaltung „Der Nahostkomplex und die Implikationen für Europa“

Auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, fand am 23.02.2026 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eine Veranstaltung der Reihe „Europa im Gespräch“ zum Thema „Der Nahostkomplex und die Implikationen für Europa“ statt. Zum Auftakt begrüßte Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Karin Müller, und hob eindrücklich die Bedeutung des derzeitigen tiefgreifenden Umbruchs der internationalen Ordnung hervor: „Was wir im Moment erleben, ist der Kampf um die beste Ausgangsposition in dieser neuen Weltordnung.“ Das abstrakte Globale mache regionale Konflikte vielschichtiger und komplexer – und zugleich schwerer verständlich. Kaum eine Region stehe dafür so sehr wie der Nahe Osten. Neben der Frage nach den Ursachen der Konflikte in der Region stelle sich die mindestens ebenso wichtige Frage: „Welche realistischen Szenarien für Frieden gibt es überhaupt – und wer kann sie tragen?“ Europa habe geholfen, aber selten gestaltet. Europa müsse sich fragen, ob man diesen und andere Konflikte weiterhin von der Seitenlinie aus beobachten wolle oder bereit sei, stärker Verantwortung zu übernehmen als globaler Akteur in der neuen Weltordnung. „Verantwortung bedeutet Klarheit, Haltung und politische Handlungsfähigkeit.“ Staatssekretärin Müller unterstrich zudem mit Nachdruck, dass Hessen fest an der Seite Israels steht, das Recht Israels auf Selbstverteidigung unterstützt und mit aller Kraft das Existenzrecht Israels verteidigt. Im anschließenden Podium diskutierten Jonathan Rosenzweig, stellvertretender Leiter der israelischen Mission bei der EU und der NATO und die Nahost-Expertin, ARD-Korrespondentin und Autorin, Natalie Amiri, zum Thema des Abends. Sie gaben fundierte Ein- und Ausblicke auf die aktuelle Lage und Zusammenhänge im Nahen Osten in diesen historischen Zeiten. Europa habe angesichts der engen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen mit der Region ein erhebliches eigenes Interesse an Stabilität und

Deeskalation. Der Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Uwe Becker, führte durch den Abend.

Veranstaltung „Fly European“ – Europas Luftverkehr stärken – Wettbewerbsfähigkeit, Konnektivität und Resilienz sichern.

Am 24.02.2026 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU auf Einladung von Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, sowie auf Einladung von Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum, mit zahlreichen Gästen die international ausgerichtete Veranstaltung „Fly European“ statt. Ziel der Veranstaltung war es, die Bedeutung einer starken europäischen Luftverkehrswirtschaft für Wettbewerbsfähigkeit, Konnektivität und strategische Resilienz Europas zu unterstreichen. Vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen, veränderter globaler Handelsbeziehungen sowie ambitionierter Klima- und industriepolitischer Vorgaben der Europäischen Union stand die Luftverkehrsbranche im Mittelpunkt der Diskussion. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und europäischen Institutionen kamen zusammen, um Perspektiven für eine zukunftsfähige und international wettbewerbsfähige europäische Luftfahrtpolitik zu erörtern. Minister Kaweh Mansoori betonte in seiner Keynote die besondere Rolle des Luftverkehrs für Hessen und Europa: „Ich vertrete ein Land, in dem der Luftverkehr zu den Aushängeschildern unserer Wirtschaft gehört. Es geht dabei nicht nur um ökonomische Kennzahlen, sondern auch um die Frage, mit welchen Werten wir Luftverkehr in Europa verbinden – Offenheit, internationale Vernetzung und strategische Handlungsfähigkeit.“ Zugleich unterstrich er die Industrie- und energiepolitische Dimension: „Luftverkehr bedeutet Resilienz und Wertschöpfung. Deshalb müssen wir für fairen Wettbewerb sorgen, damit unser Luftverkehr im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt wird – und wir brauchen industrieübergreifende Lösungen, insbesondere bei Energie- und Transformationskosten, um nachhaltige und zukunftsfähige Strukturen zu ermöglichen.“ In der anschließenden Paneldiskussion diskutierten neben Minister Mansoori, Dr. Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft, sowie Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament. Einigkeit bestand darin, dass starke europäische Drehkreuze und international wettbewerbsfähige Carrier ein zentrales Instrument zur Sicherung von Innovationskraft, wirtschaftlicher Souveränität und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit Europas sind. Mehrfach wurde im Verlauf der Diskussion die Notwendigkeit klarer, langfristiger und wettbewerbsfähiger regulatorischer Rahmenbedingungen betont. Nur mit Planungssicherheit, fairem Wettbewerb und einer industrieübergreifend gedachten Transformation könne die europäische Luftfahrt ihre Rolle als Motor für Wohlstand, Resilienz und internationale Vernetzung auch künftig erfolgreich wahrnehmen.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

02./03.03.2026	Informelle Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten
05./06.03.2026	Informelles Treffen der Ministerinnen und Ministern für Kultur
05./06.03.2026	Rat Justiz und Inneres
09.03.2026	Euro-Gruppe
09.03.2026	Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz – Sozialpolitik
10.03.2026	Rat Wirtschaft und Finanzen
11./12.03.2026	Informelle Tagung der Verteidigungsminister

Europäische Kommission

04.03.2026	Industrie-Beschleunigungsgesetz EU-Industriestrategie für den maritimen Sektor EU-Hafenstrategie EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026–2030 Strategie für Generationengerechtigkeit
06.03.2026	Orientierungsdebatte über Energiepreise
10.03.2026	Energie Paket - Zukunft und Einsatz von kleinen modularen Reaktoren - Investitionsstrategie für saubere Energien - Bürgerenergiepaket

Europäisches Parlament

Europäisches Parlament 09. - 12. 03.2026 Plenarsitzung in Straßburg

- Wohnraumkrise in der Europäischen Union mit dem Ziel, Lösungsansätze für angemessenen, nachhaltigen und erschwinglichen Wohnraum vorzuschlagen
- Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission

- Anpassung der Einfuhrzölle und Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines EU-Talentpools
- Steigerung der Effizienz der Garantie für Außenmaßnahmen
- Die Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts
- Wirksamere Gestaltung des Schutzes von Reisenden und Vereinfachung und Klarstellung bestimmter Aspekte im Hinblick auf Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen
- Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/2302 zur wirksameren Gestaltung des Schutzes von Reisenden und zur Vereinfachung und Klarstellung bestimmter Aspekte
- Ernennung des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank
- Ernennung des Vorsizes der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde
- Ernennung des Europäischen Generalstaatsanwalts
- Bericht über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten – Bericht über die Jahre 2022 bis 2024
- Urheberrecht und generative künstliche Intelligenz – Chancen und Herausforderungen
- Bericht über das Thema „Urheberrecht und generative künstliche Intelligenz – Chancen und Herausforderungen“
- Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung 2026
- Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: beschäftigungs- und sozialpolitische Prioritäten für 2026
- Leitlinien für den Haushaltsplan 2027 – Einzelplan III
- Vorstellung des Bürger-Energiepakets - Erklärung der Kommission
- Bericht über die politischen Beziehungen zwischen der EU und den USA
- Erweiterungsstrategie der EU
- Bericht über den Abbau von Hindernissen für den Binnenmarkt für Verteidigung
- Europäische Vorzeigeprojekte von gemeinsamem Interesse im Verteidigungsbereich
- Aussprache über außenpolitische Fragen in Anwesenheit der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 19./20. März 2026
- Ansprache von Nikol Paschinjan, Ministerpräsident von Armenien
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer: Antrag EGF/2025/004 BE/Tupperware – Belgien
- Rahmenübereinkommen des Europarats über künstliche Intelligenz und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Abkommen zwischen der EU und Ecuador über die Zusammenarbeit zwischen Europol und den für die Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus zuständigen ecuadorianischen Behörden
- Empfehlung zu verstärkter Zusammenarbeit zwischen der EU und Kanada vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Lage, einschließlich der Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität und der Souveränität Kanadas
- Aufbau einer sauberen, unabhängigen und sicheren Energieversorgung für Europa im Anschluss an den Nordseegipfel 2026
- Multilaterale Verhandlungen mit Blick auf die 14. WTO-Ministerkonferenz vom 26. bis 29. März 2026 in Jaunde

- Prävention und Behandlung von Adipositas
- Künftiger Rechtsakt über den Europäischen Forschungsraum (EFR)
- Jahresbericht 2024 über die Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten

Ausschuss der Regionen

04./05.03.2026 170. AdR-Plenarsitzung
 Trendwende in der Wasserpolitik - Ein lokaler und regionaler Fahrplan für Wasserresilienz
 Europäische Netzpaket
 Erweiterungspaket 2025 Ukraine, Moldau und Georgien
 Erweiterungspaket 2025 Westbalkan und Türkei
 Aktionsplan für die europäische chemische Industrie
 Binnenmarktstrategie
 Europäischer Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF)
 Bewertung der Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge
 Wohlergehen von Kindern und Kindergeld - Erfassung der Kindergeldsysteme in den EU-Mitgliedstaaten
 EU-Start-up- und Scale-up-Strategie
 Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) nach 2027 einschließlich Eigenmittelpaket
 Sondierung der Rolle des Privatsektors bei der Stärkung der Kohäsionspolitik nach 2027

Europäischer Gerichtshof

04.03.2026

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-656/24 European Air Charter – Flugverspätung: Außergewöhnlicher Umstand (DEU)

04.03.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-631/24 P Kommission / Auken u. a. und C-632/24 P Kommission / Courtois u. a. – Zugang zu Verträgen über die Beschaffung von Covid-19-Impfstoffen

05.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-151/24 Luevi – Ausschluss bestimmter Drittstaatsangehöriger vom Grundrentenzuschlag in Italien (ITL)

05.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-458/24 Daraa – Zuständigkeit für die Prüfung von Asylanträgen (DEU)

05.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-150/24 Aroja – Abschiebehaft (FIN)

05.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-613/24 Kommission / Portugal (Besondere Schutzgebiete – Nichtdurchführung eines Urteils des Gerichtshofs) – Ausweisung besonderer Schutzgebiete in Portugal

05.03.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-70/25 Tukowiecka – Nicht autorisierte Zahlungsvorgänge (POL)

06.03.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht (Große Kammer) in der Rechtssache T-457/24 Ungarn / Rat und Ausschuss für die Europäische Friedensfazilität – Unterstützungsmaßnahmen für die Bereitstellung militärischer Unterstützung für die Ukraine

10.03.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-250/25 Like Company – Nutzung urheberrechtlich geschützter Presseartikel durch einen KI-Chatbot (HUN)

12.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-43/24 Shipov – Identitätsdokumente transsexueller Personen (BUL)

12.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-84/24 EM SYSTEM – Reichweite des Einfrierens von Geldern: Gesellschaft, an der eine gelistete Person beteiligt ist (LIT)

12.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-465/24 SBK Art – Reichweite des Einfrierens von Geldern: Ausübung der Stimmrechte aus Anteilszertifikaten (NDL)

12.03.2026

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den Rechtssachen C 660/24 Kommission / Ungarn und C 681/24 Kommission / Tschechische Republik (Frist für den Zugang zu einem Rechtsbeistand) – Zugang zu einem Rechtsbeistand in Strafverfahren

12.03.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-160/24 P JPMorgan Chase und JPMorgan Chase Bank, National Association /, und C-191/24 P Crédit agricole und Crédit agricole Corporate and Investment Bank / Kommission – Euro-Zinsderivate-Kartell

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 16.03.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

